

Antrag zur Drucksache 20/278

**der Abgeordneten Olaf Duge, Jens Kerstan, Farid Müller,
Dr. Till Steffen, Anja Hajduk (GAL) und Fraktion**

**Betr.: Transparenzoffensive –
Bürgerbeteiligung verbessern und mit Informationsfreiheit Kosten reduzieren:
www.stadtentwicklung-hamburg.info**

Zurzeit gibt es in Hamburg eine große Anzahl von Bauvorhaben und Sonderprojekten. In den nächsten Jahren wird sich die Anzahl aufgrund der anstehenden Wohnungsbauvorhaben noch stetig vergrößern. Nicht alle Vorhaben und Projekte stoßen dabei auf sofortige Zustimmung. Vielfach besteht bei Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl mangelnder Information, Transparenz und Einbindung. Bei einer Reihe von Projekten artikuliert sich der Unmut in Bürgerbegehren.

Deshalb hat die BSU bereits im Juni 2010 eine Auftaktveranstaltung zu einer Reihe von öffentlich diskutierten Fragen der Stadtentwicklung unter dem Format „Stadt im Dialog“ durchgeführt, an der sich alle interessierten Hamburgerinnen und Hamburger beteiligen konnten. Weitere Veranstaltungen unter thematischen Schwerpunkten folgten 2010. Dabei wurde insbesondere auch auf die Möglichkeit geachtet, eine breite Öffentlichkeit in Information und Diskussion einzubeziehen. In Zusammenarbeit mit einem Kooperationspartner wurde eine Internetplattform aufgestellt, in der die Diskussionen der Veranstaltungen „Stadt im Dialog“ fortgeführt werden konnten.

Das Internet hat sich mittlerweile zur umfassenden Informations- und Vernetzungsplattform entwickelt. Die Stadt Hamburg verfügt über ein breites Informationsangebot, in dem viele Projekte vorgestellt werden. Die Informationssuche gestaltet sich aber zum Teil schwierig, da z.B. nicht immer bekannt ist, unter welcher Federführung, in welcher Behörde oder in welchem Bezirk mit welcher Internetadresse ein Vorhaben beschrieben wird. Auch ist nicht immer die Aktualität, Übersichtlichkeit, Verlinkung, Schlagwortsuche, der Dokumentendownload oder die Nennung von Ansprechpersonen gewährleistet.

Wir möchten den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nach Teilhabe in Zeiten der verstärkten Möglichkeiten von und des Wunsches nach Beteiligungsverfahren und direkter Demokratie für mehr Informationen und Transparenz sorgen. Sinnvoll wäre es, im Bereich Stadtentwicklung ein einheitliches Portal zu entwickeln, in dem soweit möglich alle privaten und verbindlich alle städtischen Vorhaben aller Behörden und alle sonstigen Projekte, Wohnungsbauvorhaben mit allen öffentlich zugänglichen Dokumenten aus allen Bezirken zentral mit Stadtteilsuch- und Kommentarfunktion eingestellt bzw. verlinkt werden.

Es sollte angestrebt werden, dass sich eine solche Plattform an den "Open Government Data Principles" (siehe „<http://opendata-network.org/>“) orientiert, die z.B. in den USA („<http://www.data.gov/>“) und Großbritannien („<http://data.gov.uk/>“) angewandt und installiert werden. Auch in Deutschland entstehen viele beispielhafte Projekte, wie das Register für Offene Daten „<http://offenedaten.de/>“ oder die Bürgerbeteiligung der Stadt Frankfurt „<http://frankfurt-gestalten.de/>“. Offene Datenstandards werden weltweit erfolgreich eingesetzt, um die Verfügbarkeit von Daten zu vereinfachen. Erfolge sind hohe Kosteneinsparungen bei der Verwaltung und Beschaffung von Daten, sowie - auf Grund der schnellen und einfachen Verfügbarkeit und Nutzung der Daten - eine Verbesserung der Datengrundlagen bei

Untersuchungen, sowie verwaltungsinternen und öffentlichen Entscheidungen. Bürgern und Bürgerinnen kann durch Informationsfreiheit mehr Beteiligung an den Entscheidungsprozessen geboten werden. Hier gilt es, den von Schwarz-Grüne erfolgreich begonnene Erweiterung von Informationsfreiheit und Partizipation auch im Web weiterzuentwickeln.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein Internetportal unter Berücksichtigung von Elementen der Portale „www.stadtentwicklung.berlin.de“ und „http://frankfurt-gestalten.de/“ und den "Open Government Data Principles" mit benutzerfreundlichen Übertragungsgeschwindigkeiten entweder in Eigenregie oder mit einer Fremdvergabe zu entwickeln.

Im oben genannten Sinne sollen, soweit es den datenschutzrechtlichen Belangen nicht entgegensteht, alle öffentlichen Bau- und Bebauungsplanvorhaben der FHH (Stadt und Bezirke) und privaten Bauvorhaben (wie zum Beispiel aktuell Elektrolux-Gelände, Thadenstr., etc.) und sonstige Projekte wie z.B. IBA, Stadtbahn, A7-Deckel, u.s.w. eingestellt, umfassend und offen dargestellt bzw. verlinkt werden.
2. Sollten die Verträge mit „www.hamburg.de“ dem entgegenstehen, sind unverzüglich Verhandlungen für die Einrichtung einer solchen Website unter den o.a. Rahmenbedingungen aufzunehmen und / oder die Verträge mit www.hamburg.de schnellstmöglich zu kündigen.
3. die Bemühungen im Bereich des E-Government dahingehend zu überprüfen, wie durch die Einhaltung der Open-Data-Standards bei der Erfassung und Archivierung von Daten der öffentlichen Verwaltung Kosten eingespart, die Informationsfreiheit umgesetzt und die Nutzbarkeit der öffentlichen Datenbestände verbessert werden kann.
4. der Bürgerschaft bis zum 01.01.2012 zu berichten.